

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1922**

139 (19.6.1922)



# Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 28 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 25 M.; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruhern Abhängern abgeholt 20 M. monatlich. — Einzelgenuss 1 M.

Anzeige: Werltags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Kuisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 123; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelle 3.40 M., auswärts 4.— M. Die Reklamezeile 15.— M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

## Gegen den Wucher mit dem täglichen Brot

Der Kampf um die Getreideumlage — Die Agrarier wollen schamlos mit dem Getreide wuchern — Erste politische Differenzen sind möglich

Der Reichsrat hielt am Freitag in später Abendstunde eine öffentliche Sitzung ab, über die folgendes gemeldet wird: In der Hauptsache galt es, den Gesetzentwurf über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Zeit 1922 zu verabschieden. Die Ausschüsse des Reichsrats haben lange und eingehend über die Vorlage beraten und sich schließlich auf den Boden der Regierungsvorlage gestellt. Die Vorlage verlangt wieder wie im Vorjahre eine

Umlage von 2 1/2 Millionen Tonnen.

In der Vollziehung ist der Reichsrat mit großer Mehrheit den Beschlüssen seiner Ausschüsse beigetreten. Er stellte sich auf den Standpunkt der Regierung, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Brotversorgung allein gesichert ist auf dem Wege der Umlage. Das Ziel, die Bevölkerung ohne zeitliche und örtliche Störungen zu einem stabilen und erträglichen Preis in genügender Weise mit Brot zu versorgen, sei nur auf dem Wege der Umlage zu erreichen. Der Gesetzentwurf hat jedoch gegenüber dem vorjährigen Gesetz wesentliche Änderungen erfahren, indem auf Grund der vorjährigen Erfahrungen mancherlei Mängel ausgeglichen wurden und in manchen Punkten der Landwirtschaft Entlastungen eintreten geistigt wurden. So ist vor allem vorgesehen, daß die Händler bei Festsetzung des Preisfußes aus der sonstige landwirtschaftlich genutzte Fläche einbezogen können, wobei bis zu 5 Hektar freibleiben sollen. Der Preis der Versorgungsberechtigten Bevölkerung ist durch Abschluß der verminderten Bevölkerung durch Abschluß der verminderten Bevölkerung vor allem in den Wirtschaftspunkten für die Ober- und Unterverteilung der Umlage festzusetzen, die eine gerechtere Verteilung sichern sollen. Auch ist die Beteiligung der Verbraucher der Landwirtschaft und der Verbraucher bei der Verteilung vorgesehen. Eine weitere Offenheit des Verteilungsverfahrens ist durch die örtliche Auslegung von Listen vorgesehen, die vor der endgültigen Festsetzung des Preisfußes in Aussicht genommene Lieferstellen angeben. Ein Antrag Bayerns, der Landwirtschaft noch eine Brücke zu freiwilliger Lieferung zu schlagen, fand wie bereits in den Ausschüssen aus praktischen Vollzugsgründen keine Mehrheit. Besonders Gewicht wurde der Preisfrage beigemessen. Im Wesen ist vorgesehen, daß die Reichsregierung die Umlagepreise nach Anhörung eines Ausschusses festsetzt, der aus Mitgliedern des Reichsrats, des Reichstages, Vertretern der Landwirtschaft und der Verbraucher zusammengesetzt ist.

Die Umlagepreise werden wesentlich höher werden als die bisherigen. Es soll der Landwirtschaft aus den Getreideumlagen auch ein angemessener Umlageertrag erwachsen und eine gewisse Sicherheit gegen eine künftige Erhöhung der Getreideumlagen gegeben werden. Ein einheitlicher Preis für das ganze Jahr, wie er 1921 festgesetzt war, soll mit Rücksicht auf die Unsicherheit der künftigen Entwicklung des Standes der Markt nicht bestimmt werden. Es soll vielmehr im Laufe des Wirtschaftsjahres für die zweite Hälfte der Umlage eine Nachverteilung der Umlage vorgenommen werden, um die Preise den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Angenommen wurde von den Ausschüssen folgende vorgeschlagene Resolution:

„Die Reichsregierung wird ersucht, zu prüfen, ob nicht der Preis für das Umlagegetreide in der Weise festgesetzt werden kann, daß der Preis für die erste Hälfte nicht niedriger ist als drei Viertel des durchschnittlichen Marktpreises in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1922, für die zweite Hälfte nicht niedriger als drei Viertel des durchschnittlichen Marktpreises in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1922.“ Angenommen wurde ein bayerischer Antrag, wonach der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft mit Zustimmung des Reichsrats Vorschriften erlassen soll über die Bewertung der aus dem öffentlich bewirtschafteten Getreide entfallenden Reize.

Die sächsische Regierung ließ erklären, daß nach ihrer Ansicht im Interesse der Brotversorgung eine Umlage von 2 1/2 Millionen Tonnen notwendig sei, zumal bei der durch den geringen Stand der Markt erdewerten Einfuhr. Ferner müsse sich die sächsische Regierung entscheiden gegen den Verteilungsmäßig bei der Unterverteilung auf die Länder werden, wobei der sächsische Landwirtschaft unverhältnismäßige Opfer angeschlossen wurden, die von Sachsen als offensichtliche Ungerechtigkeiten empfunden werden.

Die bayerische Regierung ließ erklären, daß sie der Vorlage zwar zustimme, daß sie aber gegen die Höhe der auf Baden entfallenden Umlage Protest erhebe und erlaube, vor der endgültigen Festsetzung die bayerischen Wünsche einer Nachprüfung zu unterstellen.

Die Abstimmung in der Vollziehung erbrachte 49 Stimmen für und 10 gegen die Vorlage. Mit 24 Stimmen: das preussische

Staatsministerium, der Vertreter der Stadt Berlin, Bayern, Sachsen, Baden, Thüringen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Bremen, Lübeck, Lippe, Waldeck und Schaumburg-Lippe.

Mit Nein stimmten: Der Vertreter von Ostpreußen, von Brandenburg, von Pommern, von Westpreußen-Posen, von Niederschlesien, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Rheinprovinz, Hessen-Nassau und Württemberg.

### Amlich wird die Getreideumlage

wie folgt begründet:

Das Inlandgetreide deckt unseren Bedarf nicht, das Auslandgetreide kommt durch den freien Handel nicht in genügenden Mengen herein. Durch Angebot und Nachfrage ist der Bedarf nicht zu decken. Die Landwirtschaft glaubt auf freiem Wege zu den notwendigen Mengen an Inlandgetreide kommen zu können, die Regierung glaubt dies nicht. Die Landwirtschaft will zwei Millionen Tonnen zum freien Marktpreis der Regierung zur Verfügung stellen. Dazu müßte die Landwirtschaft eine neue Organisation schaffen, das ist ein Experiment. Durch eine derartige Maßnahme würde der Preis außerordentlich getrieben werden, zeitweilig vielleicht über den Weltmarktpreis hinaus. Der Auslandsgetreidepreis liegt natürlich über dem Preis des Inlandgetreides. Da wir aber keine Zufuhren für den Ausgleich der Preise auf Befehl der Entente in diesem Jahre machen können, müssen wir den ganzen Eingang an Getreide vom Inland und Ausland zusammenwerfen. Darin liegt vornehmlich eine Gefahr für die Landwirtschaft, die nach Möglichkeit ausgeglichen werden soll. Ein Opfer aber muß von der Landwirtschaft am Interesse des Vaterlandes gebracht werden. Im Laufe des Jahres soll der Preis nachgeprüft werden, so daß eine so große Differenz zwischen der Umlage und den freien Preisen wie im Vorjahre nicht wieder entsteht. Eine weitgehende Milderung der Landwirtschaft bei den Verteilungsmaßnahmen ist vorgesehen. Brotarten sollen an solche nicht mehr abgegeben werden, die durch erhebliches Einkommen und Vermögen nicht darauf angewiesen sind. Eine entsprechende Einschränkung darüber liegt nicht vor, doch würde dadurch auf alle Fälle eine wesentliche Milderung der weitgehenden Auslandsgetreide herbeigeführt werden. Eine wesentliche Erhöhung des Verkaufspreises der Reichsgetreidebestelle muß eintreten, so daß der Preispreis etwa auf das Doppelte erhöht werden dürfte.

Das Wesentliche in der Brotversorgung sei nicht die Willigkeit sondern die Sicherung der Versorgung. Die Entziehung der Umlage werde sich in diesem Jahre bedeutend schwieriger gestalten, als im Vorjahre. Die Regierung denkt, daß die Landwirtschaft sich dem Gesetz gegenüber anders stellen wird, als dem Gesetzentwurf gegenüber, zumal man ihr im Punkte des Preisens entgegenkommt.

### Stellungnahme der Sozialdemokratie

Die Haltung der Sozialdemokratie im Kampfe um die Getreideumlage und gegen den Brotwucher wird im „Vorwärts“ parteiintern wie folgt dargestellt:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird darauf bestehen müssen, daß eine ausreichende Menge erfaßt wird und zu wesentlich verbilligten Preisen abgegeben wird. Das ist eine Lebensfrage nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Beamten, die Angestellten, den städtischen Mittelstand. Würde die Umlage abgelehnt oder so gestaltet, daß sie ihre Wirkung verliert und läme das Brot allgemein auf den „freien Marktpreis“ so würden 1900 Gramm statt bisher rund 16 Mark 40 bis 45 Mark kosten. Das kann niemand wollen, der nicht zielbewußt und konsequent den Zusammenbruch unserer ganzen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse herbeiführen will.

Der Wunsch, die freien Landwirte von der Umlage zu verschonen, kann durchaus Berücksichtigung finden, da die größeren und größten leistungsfähig genug sind, die Umlage allein zu tragen, besonders wenn auch den Besitzern von großen Forsten und Weidelandereien eine ihrer wirtschaftlichen Kraft entsprechende Leistung auferlegt wird. Geradezu tollkühn aber erscheint die Spekulation der Reichsparteien auf die unheilbare Blindheit ihrer städtischen Anhänger, denen sie das Brot auf 45 M. verteuern wollen, indem sie den Wunsch der Großagrarier nach der „freien“ Wirtschaft unterstützen.

Man darf sich darüber nicht täuschen, daß in den nächsten Tagen ein sehr schwerer Kampf ausgefochten werden wird, der die weitestgehenden politischen Konsequenzen haben kann.

einer kurzen Instruktion im Polizeipräsidium den Dienst in der Stadt. Weitere Polizeimanuskripten trafen kurz nach Mittlernacht in Katowisz ein. Der Belagerungszustand wird weiter aufrecht erhalten.

In Bislowitz kam es zwischen einem Anstaltskommando, das die Gemeinde abgelöst hatte, und einer kleinen französischen Abteilung zu einem blutigen Zwischenfall. Eine größere Anzahl Zivilisten ergriß die Partei der Anstaltsbeamten, worauf es zu einem heftigen Feuergefecht kam, in dessen Verlauf drei Zivilisten getötet und ein vierter so schwer verletzt wurde, daß er kurz darauf an den erlittenen Verletzungen starb.

## Die Not unserer Volkserziehung

Professor Rudolf Wilhelm, Karlsruhe

Die alte und die neue Erziehung

IVa

Wir haben der Forderung, daß die Schule weit stärker als bisher das Erzieherische betonen müsse, des Raumes wegen hier nur eine vierfache Begründung gegeben: Zum ersten, weil die Moral aller Schichten im Krieg so tief gesunken ist, so daß man sich auch vor dem Krieg so stand, daß sie nur einen selbstgenügsamen besitzenden konnte, zum dritten, weil der jetzige demokratische Staat zu seinem Bestand neuer Menschen mit neuen Tugenden bedarf, endlich weil die Schule mehr als je die mangelnde Erziehung des Elternhauses mitübernehmen muß. Man mag die Beweislast des einen oder andern Arguments angeheften, am Gange läßt sich nicht rütteln. Es hat schwer gehalten, bis man bei uns ein sah, daß der rücksichtslose Geistesdrill auf Kosten der körperlichen Gesundheit ein Verbrechen an der Jugend war, es wird nicht weniger Mühe kosten, bis man ein sieht, daß die moralische Gesundheit noch wichtiger ist als die physische. Denn lieber gar keine Kinder, als mißratene, die Schande auf unser Haupt häufen und in keiner Hinsicht etwas taugen.

Unsere Schulen, wie sie heute sind, stehen erzieherischen Aufgaben ziemlich ratlos gegenüber, und sie vernachlässigen die stärksten. Erzieherische Reultate sind meist nur Nebenwirkungen des gegenwärtigen Unterrichtsberriebs, in dem der Lernstoff dominiert. Die Lehrerschaft wird durch die Schulaufsichtspraxis gänzlich auf das exakte Einpaulen des Lehrstoffs hingebängt. Jeder Kenner wird zugeben, daß es dem Lehrer keine Schwierigkeit böte, wenn ein Inspektor zu ihm in die Klasse käme und ihm z. B. sagte: „Vorunterrichten Sie mir über den Aufstand der Arbeiter über die französische Revolution.“ Da weiß der Lehrer sofort, wie und wo. Er hat seine Methodik studiert und kennt genau den Weg, der rasch und sicher zum Ziel führt. Wie sieht aber ein Inspektor einmal einfallen zu sagen: „Vorunterrichten Sie mir Ihre Klasse zum Gemeinsein, oder zur Tugend der Anwesenheitsgenommenheit!“ — eine starr Verlegenheit würde augenblicklich den Pädagogen befallen.

Die verhältnismäßig geringe Vertrautheit der Lehrerschaft mit der rein erzieherischen Praxis, die fast völlige Resultatlosigkeit unserer Schulerziehung kommt nicht von ungefähr. Sie hat ihren guten Grund. Unser ganzes Schulerziehungswesen ruht auf einer falschen Theorie, auf der Theorie vom sogenannten „erziehenden Unterricht“. Ihr liegt der an sich nicht unrichtige Gedanke zugrunde, daß man den Intellekt durch Kenntnisse möglichst bereichern müsse. Die geistige Einsicht wicke dann auf den Willen, aus dem die guten Taten fließen. Jeder Charakter des Lehrstoffs ist entzückt von dieser schmeichlerhaften Theorie, die das uralte Paulen Volkserzieherischen erscheinen läßt, und es wird ihm nicht leicht werden, von dieser liebgeordneten Anschauung zu lassen. In Wirklichkeit ist es natürlich nichts oder nicht viel mit dem „erziehenden Unterricht“. Durch das Vielwissen kommt man höchstens in späten Jahren zu einem derart geschlossenen Weltbild, daß es unser Willen entscheidend beeinflussen könnte, in der Jugend nicht. Und wenn nun dazu ein Schüler gar kein Interesse zeigt für einen Lehrstoff, sich ihn nur mangelhaft aneignet, wenn er ihm verfehlt wird durch falsche Lehrmethoden, wie soll er dann auf seinen Willen wirken? Und lehrt nicht die Erfahrung, daß je mehr man bei der Wissenschaft in die Tiefe geht, man umso mehr erkennt, daß unser Wissen Stückwerk ist? Doch es, weit entfernt, eine absolut sichere Unterlage für eine Weltanschauung zu bieten, nur einen gelehrten Skeptizismus erzeugt, der tatsächlich die Signatur unserer wissenschaftlich so hochkultivierten Zeit ist? Das ist das Ergebnis unseres „erziehenden Unterrichts“, von Moralität ist da nicht viel zu finden. Rein, wer Tugend ernten will, muß Tugend säen. Wir sind für die „direkte Aktion“. Man kann, extrem gesprochen, einen lügenhaften Anaben nicht zur Wahrheitsliebe bekehren durch viel Unterricht in — Botanik! Man kann einen groben Flegel nicht zu einem Gentleman machen durch Unterweisung in — Geographie! Der „erziehende Unterricht“, der bisher der Diktatur des Lehrstoffs zum Vorwand diente, muß seinen Bankrott anfangen. Er hat lange nicht das geleistet, was er verspricht. Wenn die Idee von der sittigen Kraft des Wisslertums in der Praxis von Erfolg begleitet wäre, dann müßte Deutschland mit seinem angebundenen Kernbetriebe die höchste Moral erzeugen. Tatsächlich bringt aber England mit viel weniger — zu wenig! — Wisslertum eine weit höhere Moralität zustande! Daran läßt sich nichts wegdiskutieren.

Wenn Tugend lehrbar ist, und sie ist es, so muß es Methoden geben, nach denen sie gelehrt werden kann. Die Erziehungsschule würde die Tugend lehren, als handle es sich um Geographie oder Mathematik oder Fremdsprachen. Ueber die praktische Durchführung dieser Lehrmethoden zu reden, wäre der Platz in einer Fachzeitschrift. Nur wenig sei für den Laien angedeutet. Ein alter pädagogischer Grundsatz verlangt, daß man nie bloß Lehrgänge vortrage. Daran behält der Schüler nichts. Man muß den Inhalt erklären, ihn mit Beispielen beknüpfen, an Beispielen erläutern, an Aufgaben zur Anwen dung bringen und so allmählich fest einprägen. Beim wichtigsten Unterrichtsgegenstand, bei der Tugendlehre handelt man nicht so. Hier bleibt man schon bei der ersten Stufe stehen. Man trägt den Lehrstoff vor und überläßt dann das Weitere sich selbst.

### Uebergabe Oberschlesiens

Kattowitz, 19. Juni. Die Uebergabe der in den an Polen abzutretenden Gebieten liegenden Eisenbahnen ist gestern nachmittags in Gegenwart der Interalliierten Kontrollkommission zwischen der deutschen Eisenbahndirektion Kattowitz und der polnischen Staatsbahnverwaltung vollzogen worden. Zu gleicher Zeit sind im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet für den deutschen Teil die deutsche Eisenbahn die deutsche Eisenbahndirektion Opperln und für den polnischen Teil die polnische Staatsbahndirektion Kattowitz eingerichtet worden. 200 Mann polnische Polizei übernahmen gestern abend nach















Weitere 50 Millionen Goldmark

Die Reparations-Kommission veröffentlicht folgende Mitteilung: Die deutsche Regierung leistete am 15. Juni an die vom Garantie-Komitee bezeichneten Banken eine Zahlung von etwa 50 Millionen Goldmark.

Der Garantieauschuss in Berlin

Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet, ist der Garantieauschuss gestern Abend aus Paris in Berlin eingetroffen. Das Blatt nimmt an, daß die Vorbereitungen mit den Berliner Institutionen schon heute beginnen werden.

Ein französischer Finanzfachverständiger hat aus diesem Anlaß dem „Gazette“ erklärt, das Komitee sei von der Reparationskommission beauftragt, im Benehmen mit der deutschen Regierung alle die Vorbereitungen der Rubens- und Finanzangelegenheiten zu regeln, sowie die Schlichtungs- und die deutsche schwebende Schuld zu beaufsichtigen.

Aus der französischen Kammer

Paris, 17. Juni. Die Kammer setzte gestern die Debatte über die Interpellation betreffend die Feuerung fort. Nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten Chéron nahm sie mit 478 gegen 89 Stimmen eine Tagesordnung an, durch welche die Erklärung der Regierung gebilligt und ihr das Vertrauen ausgesprochen wird.

Neuordnung in China

W. Peking, 18. Juni. Neuter. Wie der Ministerpräsident bekannt gibt, hat die Regierung in Kanton aufgehört zu existieren. Kanton wird sich mit der Regierung von Nordchina vereinigen und das alte republikanische Parlament anerkennen.

Schweres Schiffsunglück

Hamburg, 17. Juni. Beim Ausbuchen ist auf der Vulkanwerft der brasilianische Passagier- und Frachtdampfer „Avari“ gekentert und gesunken.

Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Hamburg ist anzunehmen, daß bei der Dampferkatastrophe die Anzahl der Toten und Verletzten sich auf über 100 beläuft.

und unter Fackellicht weiter an der Vergung der im Innern des Schiffes Eingeschlossenen gearbeitet. Wieviele Opfer sich noch in den Räumen unter Wasser befinden, weiß man nicht. Jedenfalls wird aber keines von ihnen das Tageslicht wieder sehen.

Konferenz der 2. Internationale

London, 18. Juni. Henderson eröffnete gestern die Konferenz der zweiten Internationale mit einer Ansprache, in der er ausführte, die Einheit der arbeitenden Klassen der Welt werde in mehreren Ländern durch die rote Internationale bedroht.

Schriftleitung Georg Schöfflin. Verantwortlich: für Artikel, Redaktionen, Briefe, Nachrichten Hermann Stabel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giesele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

SUNLIGHT SEIFE ist eine billige Seife, denn sie macht nur ein leichtes und kurzes Verreiben notwendig, um eine Menge Schaum zu liefern, der allen Schmutz leicht entfernt.

Offenburg. Warenhaus Steinberg & Co. Kaufhaus Spinner liefert alle Artikel des fgl. Bedarfs. Garngrosshandlung Kaufhaus Wörter Spezialhaus für Stöckgarn Kurz-, Weiss- u. Wollwaren. Email- und Metall-Reklame-Plakate Aetz- u. Emailwerke G. Robert Dold Offenburg. Walter Clauss Leinweberei und Bleicherei Gesellschaft mit beschr. Haftung. Spinnerei und Weberei Offenburg. Henco & Co. Oelfabrik und Raffinerie. Triekt Armbruster-Bier Offenburg. Franz Meyer Nähmaschinen, Fahrräder, Zentrifugen, Reparaturwerkstätte. Kaufhaus Weiher Grosse Auswahl in Haus- und Küchen-Einrichtungen - Mässige Preise. Reserviert für Firma J. Jenewein & Co., Offenburg. B. Stern, Offenburg Schuhwarenhäuser Vorteilhaftes Bezugsquelle beim Einkauf von guten und preiswerten Schuhwaren.

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan D II Musterschutz Erste Rastatter Herdfabrik Unkel, Wolff & Zwiffelhofer, Rastatt (Baden) Kohlenherde und kombinierte Herde. Gaggenau (Murgtal). Schuhwaren Mass- und Reparaturwerkstätte Schuhhaus J. Schmitt. Badische Maschinenfabrik Durlach Giessereimaschinen Gerbereimaschinen Zündholzmaschinen. Karlsruhe Reichsstrasse-Eitlingen Holzhol. Karlsruhe Reichsstrasse ab Karlsruhe-Rippurr ab Eitlingen Holzhol ab. Eitlingen Holzhol-Karlsruhe Reichsstrasse. Eitlingen Holzhol ab Karlsruhe-Rippurr ab Karlsruhe Reichsstrasse ab.

Wein- und Edelobst-Brennerei Badenia G. m. b. H. A. Rheinboldt Manufaktur- u. Modewaren. Fritz Schoel Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung. Gebr. Tannhäuser-Pischmarkt 1 Herren- und Knaben-Bekleidung. Carl Mayer Ww. Hauptstrasse 28, Feine Herrenschneiderei Herren-Mode-Artikel. Hauser & Levi Spezialhaus für Manufakturwaren und Damen-Konfektion. Herren- u. Knabenkonfektion Jacob Maier

Gustav Fritsch Hauptstr. 45 Herren- und Damen-Schneiderei. Gebr. Kahn, Manufakturwaren engros Verkauf nur an Wiederverkäufer. Herren-Artikel Hüte, Mützen. Karl Kümmerle Inh.: Ludwig Heß. Gebr. Bloch Nachfolger Manufakturwaren: Haupt, Ecke Ritterstrasse. Schuh-Haus Leo Haberer & Co., Hauptstrasse 80, neben Einhorn-Apotheke Bekanntes Haus für gute Waren. Friedrich Lauth, Manufakturwaren Hauptstrasse 85. Rastatt. Vereinsbank Rastatt e. G. m. b. H. Poststrasse 4. Telefon 1. Brauerei C. Franz G. m. b. H. empfiehlt ihre vorzüglichen Biere. Wilhelm Stierlen Maschinen- und Metallwarenfabrik.

Badische Polierscheiben- und Putzwoll-Fabrik Rastatt. Gröner & Bloch. Tel. 85. Gebr. Blechner, Nachf. Manufakturwaren: Herren- und Damenkonfektion: Berufskleidung. REINHARD ERTEL Erstes Herren- und Sport-Artikel-Spezialhaus. Anton Matheis (Inh.: Aug. Matheis) Kaiserstr. 35 Schuhwaren gegr. 1882. S. Weil & Söhne Schuhfabrik Rastatt. P. M. Gräffinger Manufakturwaren aller Art Damen-, Kinder- und Herren-Konfektion. G. Ertel Weiss-, Woll-Strumpfwaren Kinderwäsche, Polzkragen. Richard Baer, Rastatt Lumpen- und Papiersortieranstalt Einkauf von Lumpen- und Papierabfällen. Carl Frick Kaufhaus Inh.: W. Zähler, Rastatt. Karl Stutz Wäsche, Herr- und Wollwaren.

Bühl i. B. Kauffmann & Wagner Kupferschmiede u. Apparatenbau Bühl (Baden). Telefon 155. J. Bierig & Rosenfeld, Bühl i. B. Rohproduktion, Papiergrosshandlung. Tel. 50 für Büro u. Lager, Poststr. 5, Steinstr. 11 u. 19. Wolf Netter & Jacobi, Bühl (Baden) Eisen und Metalle in Maschinenfabrik und Eisenglosserei. Telegr.-Adresse: Metallnetter Bühl-Baden - Fernruf 61 u. 248. Math. Maier Stärke-, Klebstoff- u. Pflanzenleim-Fabrik Altschweier - Bühl i. B. Fabrik Stolzenberg Deutsche Bureau-Einrichtungsgesellschaft m. b. H. Oos - Baden.



